

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hameln  
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## **1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen Ländern**

- Der Zentralrat der Juden hat den Film «Mein Führer» des jüdischen Regisseurs Dani Levy als untragbar kritisiert. Einen Tag nach der Premiere des Streifens am Dienstag in Essen nannte der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan Kramer, das Werk im Berliner «Tagesspiegel» «oberflächlich, überflüssig und sogar gefährlich... Hitler war keine Witzfigur mit verkorkster Kindheit, er war nicht unzurechnungsfähig oder bloß ein Fall für den Therapeuten. Er verdient keine mildern- den Umstände oder gar Mitleidsgefühle des Publikums», zitierte das Blatt Kramer. Wer sich wirklich distanzieren wolle, brauche keine kollektive Entkrampfung durch eine deutsche Komödie. Levy bleibe hinter seinem selbst gesetzten Ziel zurück und handle grob fahrlässig in einer Zeit, in der Juden zunehmend Angriffsziele von Neonazis seien, sagte Kramer: «Das ist nicht die Zeit für eine solche Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in dem Land, in dem der Holocaust erfunden und exekutiert wurde.» (AP 11.01.2007)
- Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist mit dem renommierten Architekturpreis des American Institute of Architects (AIA) ausgezeichnet worden. Der «AIA Institute Honor Award» gilt als höchste Anerkennung für Architektur in den USA und zählt weltweit zu den bedeutendsten Auszeichnungen in diesem Bereich, wie die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und die Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM) mitteilten. Das Holocaust-Mahnmal wurde den Angaben zufolge unter 700 Bewerbern ausgewählt. Bei der Preisverleihung im Mai in San Antonio werden insgesamt 29 Gewinner prämiert. Das Denkmal erhält mit dem AIA-Award bereits seine vierte Auszeichnung. (ddp - Berlin 11.01.2007)
- Mehr Antisemitismus in der Schweiz: Die «Aktion Kinder des Holocaust» hat letztes Jahr 73 Fälle von Antisemitismus registriert. Damit haben sich die Fälle im Vergleich zu 2005 mehr als verdoppelt. Besonders stark gestiegen sind demnach die Vorfälle gegen jüdische Institutionen wie Synagogen. Oft würden Beschimpfungen und Drohungen in letzter Zeit auch per E-Mail eintreffen. (14.01.2007)
- Der frühere hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) ist mit dem Ignatz-Bubis-Preis für Verständigung der Stadt Frankfurt am Main ausgezeichnet worden. Der 74-Jährige habe sich «in hervorragender Weise für Verständigung und Toleranz eingesetzt und sie vorgelebt», heißt es in der Begründung des Kuratoriums. Die Laudatio bei der Preisverleihung in der Paulskirche hielt der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurts, Salomon Korn. Korn würdigte den CDU-Politiker als einen Mann, der das Judentum immer unterstützt habe. Er erinnerte in diesem Zusammenhang unter anderem an die Auseinandersetzungen um Rainer Werner Fassbinders Theaterstück «Der Müll, die Stadt und der Tod» 1985. Die Hauptperson in dem als antisemitisch kritisierten Stück war ein jüdischer Spekulant, in dem viele den früheren Zentralratspräsidenten Ignatz Bubis wieder erkannten. Wallmann hatte es damals als Frankfurter Oberbürgermeister zwar abgelehnt, das Stück zu verbieten. Dass es dennoch nicht aufgeführt wurde, sei aber nicht zuletzt Wallmanns diplomatischem Geschick zu verdanken gewesen, sagte Korn.  
Mit der Verleihung des Ignatz-Bubis-Preises für Verständigung erinnert die Stadt Frankfurt alle drei Jahre an ihren einstigen prominenten Bürger. Erster Preisträger war 2001 der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), 2004 folgte der Limburger Bischof Franz Kamphaus. Im Preis-Kuratorium sitzt unter anderem Ida Bubis, die Witwe des 1999 verstorbenen Namensgebers.

Wallmann war von 1977 bis 1986 Oberbürgermeister von Frankfurt. Nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl wurde er im Juni 1986 im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) der erste Bundesumweltminister. Knapp ein Jahr später gab er dieses Amt auf, um der erste CDU-Ministerpräsident in Hessen (1987-1991) zu werden. (ddp 21.01.2007)

- Der jüdische Regisseur Dani Levy hat sich nachdrücklich gegen die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Kritik an seinem Film «Mein Führer» mit Helge Schneider gewehrt. In einem Beitrag für die «Welt am Sonntag» schrieb Levy, die Kritiker hätten sein Werk falsch dargestellt, den Zuschauern die Lust am Selberschauen genommen und sie um eine «ehrliche und liebevolle Kontroverse» betrogen. «Das finde ich - bei aller Liebe zur Kritik - fatal», erklärte Levy. Er zeigte sich vor allem verärgert, dass die Kritiker «im Zweifel gegen den Film» geschrieben hätten, und verteidigte seinen Ansatz, Hitler als Menschen zu zeigen. Er habe es gewagt, aus dem sicheren Schatten der Dämonisierung und Verteufelung dieser Figur hinauszutreten und ihn ins grelle Scheinwerferlicht zu stellen: «Ich kann und will den Nationalsozialismus nur als ein menschliches Problem beschreiben. Als ein psychologisches Desaster der Zeit. Die schlimmstmögliche Entgleisung einer unempathischen Gesellschaft. Dass ich dafür als menschenlicher Moralist verhöhnt werde, nehme ich gerne in Kauf», schrieb der Regisseur. (AP 21.01.2007)
- „Papst Pius XII. hat zur Judenverfolgung nicht geschwiegen.“ Das meinte der neue vatikanische Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone in diesen Tagen in Rom bei einem Vortrag über die Rolle der Kirche im Dritten Reich. Vorwürfe wie "päpstliche Kollaboration oder katholischer Antisemitismus" entbehrten jeder Grundlage, so der Regierungschef des Vatikans; entgegen aller Vorurteile sei der Antisemitismus schon vor Beginn des Holocaust vom Vatikan deutlich verurteilt worden. Bertone wörtlich: "Es ist mittlerweile klar, dass Papst Pacelli nicht geschwiegen, sondern intelligent und strategisch gesprochen hat. Das zeigt die Weihnachts-Radiobotschaft von 1942, die Hitler sehr verärgert hat. Die Beweise liegen in den Vatikanischen Archiven, wo es zum Beispiel eine Erklärung der früheren Heiligen Inquisition von 1928 gibt, die den Antisemitismus sehr klar und deutlich verurteilt. Das ist ein völlig vernachlässigtes Dokument - als hätte erst das Zweite Vatikanische Konzil den Antisemitismus verurteilt!" (rv 28.01.2007)
- Die Bamberger Tagung "Two Homiletical Traditions" vom 6. bis 8. März führt international erstmalig jüdische und christliche Referentinnen und Referenten aus Israel, den USA, Großbritannien, Deutschland und Österreich zusammen, um über Predigt und Homiletik (Predigtlehre) in Christentum und Judentum miteinander ins Gespräch zu kommen. "Eigentlich ist es verwunderlich, dass diese Fragestellung bisher nicht zum Gegenstand gemeinsamer Forschungen geworden ist: Die christliche Predigt ist von Anfang an auf die jüdische Predigt bezogen", findet der Bamberger Organisator und Professor für Pastoraltheologie und Kerygmantik Heinz-Günther Schöttler. "Vielfach spricht man von der Predigt in der Synagoge als der 'Wurzel' christlicher Predigt. Und auch durch die Jahrhunderte hindurch ergeben sich viele Berührungspunkte zwischen jüdischer und christlicher Predigt." Die englischsprachige Tagung "Zwei homiletische Traditionen/Two homiletical traditions" wird vom Abraham-Geiger-Kolleg in Berlin-Potsdam, der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bamberg und der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg organisiert. (idw 22.2.2007)
- Die Evangelische Kirche von Westfalen hat die geplante Umwandlung einer Bielefelder Kirche in eine Synagoge verteidigt. "Wir sollten nicht heute in Gebäude investieren, die morgen nicht mehr finanziert werden können", erklärte Präses Alfred Buß in Bielefeld. Aus Protest gegen den geplanten Verkauf an die Jüdische Kultusgemeinde halten vier Mitglieder einer Bürgerinitiative den Altarraum der

Paul-Gerhardt-Kirche besetzt. Ihre Aktion richte sich aber nicht gegen die jüdische Gemeinde, sondern gegen den Verlust ihrer Kirche, betonten sie.

Buß nannte die Umwidmung einer evangelischen Kirche in eine Synagoge ein positives, konkretes Signal. Der entsprechende Beschluss sei in Einklang mit dem geltenden Kirchenrecht zustande gekommen. Die Besetzer werfen dem Presbyterium der Gemeinde vor, es habe über die Köpfe der Gläubigen hinweg gehandelt. In einer Fragenbogenaktion habe sich die deutliche Mehrheit der Gemeindemitglieder gegen den Verkauf ausgesprochen. Außerdem sei das Angebot der Initiative abgelehnt worden, jährliche Unterhaltungskosten von 16.000 Euro zu übernehmen. Den Vorwurf des Antisemitismus wegen ihres Widerstands gegen eine Umwidmung der Kirche zur Synagoge wiesen die Besetzer am Dienstag zurück. Ihre Klage gegen den Verkauf war von der Verwaltungskammer der westfälischen Kirche und vom Verwaltungsgerichtshof der Union Evangelischer Kirchen (UEK) abgewiesen worden. (epd 27.3.2007)

- Die Zahl der antisemitischen Straftaten mit muslimischem Hintergrund hat sich 2006 mehr als verdoppelt. Wie die ARD unter Berufung auf die noch unveröffentlichte Kriminalstatistik für das Jahr 2006 berichtete, sind Straftaten in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr von 33 auf 88 Fälle gestiegen. Das Niveau judenfeindlicher Gewalttaten mit muslimischem Hintergrund sei aber gering, hieß es. 2006 seien es sieben Fälle gewesen. Die Zahl der Volksverhetzungen, Graffiti und Schmierereien stieg hingegen um weit über 100 Prozent. Für 2006 registrierte die Statistik 42 Fälle von Volksverhetzungen (2005: 15) und 33 Fälle von Graffiti und Schmierereien (2005: 12). Die tatsächliche Zahl antisemitischer Vorfälle mit muslimischem Hintergrund dürfte jedoch höher sein, da viele Zwischenfälle nicht angezeigt werden und bei zahlreichen Schmierereien und Graffiti ein brauner oder muslimischer Hintergrund nicht erkennbar werde, berichtete der Sender weiter. (ddp 01.04.2007)
- Auf Einladung des Deutschen Koordinierungsrates der 83 Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (DKR) trafen am 12. März 2007 Rabbiner in Deutschland zum zweiten Mal offiziell mit hochrangigen Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche zusammen. Die Begegnung fand im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ im Mannheimer Jüdischen Gemeindezentrum statt. Rabbiner Julien-Chaim Soussan von der orthodoxen Rabbinerkonferenz, Pfarrer Dr. Ernst Michael Dörrfuß, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses Kirche und Judentum der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Kardinal Dr. Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hielten in einem internen, zweistündigen Gespräch Kurzreferate zum Thema „Zeugnis und Rechenschaft“ bzw. „Mission“. Der Gedankenaustausch wurde als offen und vertrauensvoll gewertet. Er soll 2008 in Düsseldorf zur „Woche der Brüderlichkeit“ fortgesetzt werden, auch in Gestalt der öffentlichen Vorträge, die in diesem Jahr zum Thema „ Fremdheit und Nähe“ von Rabbiner Julien-Chaim Soussan und Landesbischof Dr. Christoph Kähler, stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, gehalten wurden. Gemäß dem Jahresmotto der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit „Redet Wahrheit!“ sprach Prof. Dr. Hubert Frankemölle in seiner Begrüßung im Namen des DKR offen die umstrittenen Äußerungen einiger katholischer Bischöfe bei ihrem Besuch in Israel in der vergangenen Woche an. Auf entsprechende Kritik von jüdischer Seite formulierte Kardinal Lehmann erneut öffentlich sein Bedauern über die unangemessenen Äußerungen und entschuldigte sich für diese bei den Rabbinern. Er wie alle Beteiligte riefen zur Fortsetzung und Intensivierung des christlich-jüdischen Dialogs auf. (DKR 15.03.2007)

## **2. Aus der jüdischen Welt – Israel**

- Die Israelis sehen die Deutschen einer Umfrage zufolge positiver als früher. Die Mehrheit der Israelis und auch der jüdischen Amerikaner habe heute eine positive

Meinung von Deutschland, heißt es in einer von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten TNS-Emnid-Umfrage. Umgekehrt sei bei den Deutschen das Verantwortungsgefühl für das jüdische Volk gewachsen. Als Vergleich diene eine Erhebung von 1991. Die Umfrage wurde zwischen dem 21. und 26. Januar in Deutschland, Israel und den USA durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 2.519 Menschen. Demnach sympathisierten die Deutschen mehr mit den Israelis als mit den Arabern im Nahost-Konflikt und beim Antisemitismus lasse sich ein leichter Rückgang in der Zahl judenfeindlicher Antworten feststellen. Der Anteil der Israelis, die eine positive Meinung über Deutschland hätten, habe seit 1991 von 48 Prozent auf 57 Prozent zugenommen. Unter amerikanischen Juden hätten sogar 56 Prozent eine positive Meinung über Deutschland, 14 Prozent sogar eine sehr gute. Nur noch neun Prozent der Israelis glaubten, man könne sich nicht mit den Deutschen versöhnen. Vor 15 Jahren seien dies noch 22 Prozent gewesen. Gleichzeitig sehen der Umfrage zufolge weitaus mehr Israelis Deutschland heute als gefestigte Demokratie. Kurz nach der Wiedervereinigung glaubten fast 80 Prozent, Deutschland sei durch extremistische Gruppen gefährdet, heute glaubten dies weniger als die Hälfte (45 Prozent).

Mehr Deutsche als früher lehnen der Studie zufolge die Auffassung ab, die Juden seien mitschuldig, wenn sie gehasst würden oder versuchten, aus ihrer Vergangenheit Vorteile zu ziehen. Auch sei in den vergangenen 15 Jahren die Zahl der Deutschen deutlich gewachsen, die sich schämten, dass Deutsche so viel Verbrechen an den Juden begangen haben, und die auch keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen wollten.

Darüber hinaus zeigten die Deutschen heute mehr Verantwortungsgefühl für das jüdische Volk als früher und weitaus mehr Menschen zeigten Verständnis für die israelische Politik, hieß es weiter. Das werde von den Israelis honoriert. Ein großer Teil halte die deutsche Politik gegenüber Israel für freundlicher als die der anderen europäischen Staaten. Angela Merkel genieße in Israel deutlich mehr Sympathie als Jacques Chirac oder Wladimir Putin. Nur George W. Bush sei den Israelis noch sympathischer. Allerdings sehen weiter 78 Prozent der Israelis und 54 Prozent der amerikanischen Juden ihre Einstellung zu den Deutschen durch die Judenverfolgung belastet. Das glaubt auch jeder zweite Deutsche. (AP 11.2.2007)

- Die Jüdische Gemeinde Berlin steht möglicherweise vor der Spaltung. In der aktuellen Ausgabe der Gemeindezeitung „Jüdisches Berlin“ schreibt der Gemeindevorsitzende Gideon Joffe zwar, dass er als „Vertreter der Einheitsgemeinde“ der Meinung ist, „dass es verschiedene Facons geben muss, nach denen ein jeder glücklich sein darf“. Aber immer mehr Gemeindemitglieder, die sich als liberale Juden verstehen, kehren der Gemeinde den Rücken, weil sie sich durch den Vorstand nicht mehr vertreten sehen. Prominente wie Julius Schoeps, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums in Potsdam, sind bereits ausgetreten. Nun macht sich auch Anwalt Albert Meyer, der frühere Gemeindevorsitzende, „ernsthaft Gedanken, auszutreten“. Anlass ist die Entscheidung des Kultusdezernenten Maw Haymov, Urnenbestattungen auf jüdischen Friedhöfen zu verbieten. Juden dürften sich nicht einäschern lassen, dies Verbot entspreche der jüdischen Tradition, schreibt Haymov in der Gemeindezeitung. Die orthodoxen Gemeinderabbiner unterstützen das Verbot. „Es ist seit über 150 Jahren Tradition in Berlin, dass auf jüdischen Friedhöfen Urnenbestattungen stattfinden“, hat Albert Meyer in einem Brief an den Gemeindevorstand geschrieben. Eines der prominentesten Urnengräber sei das der Witwe des Malers Max Liebermann auf dem Friedhof in der Schönhauser Allee. Während orthodoxe Rabbiner davon ausgingen, dass nur intakte Körper nach dem Tod auferstehen können, würden liberale Juden nicht so sehr an eine körperliche Auferstehung glauben als viel mehr an die Auferstehung der Seele, sagt der liberale Berliner Rabbiner Walter Rothschild. In anderen westeuropäischen Ländern seien Urnenbeisetzungen in jüdischen Gemeinden „relativ normal“. In England etwa würden sie ein Drittel aller jüdischer Bestattungen ausmachen. „Wenn man meint, dass eine eingeäscherte Person keine Chance zur Auferstehung

hat, dann bringt man auch die Opfer des Holocaust um diese Chance", sagt Rothschild. Die Friedhofsordnung der jüdischen Friedhöfe in Berlin sieht „in Ausnahmefällen“ die Bestattung der Asche einer Person vor.

Kultusdezernent Haymov stört sich auch daran, dass in der Synagoge in der Oranienburger Straße, „die ein Symbol für das hiesige Judentum ist, fast der gesamte Kultus von Frauen ausgeübt wird. Nach meiner Meinung sollte dort ein Mann amtieren“. „Das ist nicht mehr die Gemeinde, in der sich unsere Familien wohl fühlten“, sagt Julius Schoeps. Es gebe eine Welle „massiver Austritte“. Von einem „großen Unbehagen“ unter den liberalen Juden spricht auch Benno Bleiberg, Mitglied der Repräsentantenversammlung der Gemeinde.

Es mehren sich die Gerüchte, dass die Abtrünnigen eine eigene Gemeinde gründen wollen. „Es hängt davon ab, ob die liberal eingestellte Oppositionsgruppe nach der Wahl am 25. November im neuen Vorstand vertreten ist“, sagt Bleiberg. Wenn nicht, werde eine Spaltung wahrscheinlicher. Der Vorstand der Gemeinde ließ ausrichten, dass man über die Frage der Urnenbestattung noch berate. (Tagesspiegel 01.04.2007)

- Das Kabinett von Premierminister Ehud Olmert hat beschlossen, die umstrittenen Ausgrabungen am Jerusalemer Tempelberg trotz der Proteste dagegen fortzusetzen. Der Bau eines Zugangs zum sogenannten Mughrabi-Tor in der Nähe der al-Aksa-Moschee solle so schnell wie möglich durchgeführt werden, sagte ein Sprecher. Die Grabungen gehen dem geplanten Bau einer Fußgängerbrücke zum Tempelberg voraus. Die Bauarbeiter in der Nähe der Klagemauer stehen unter dem Schutz von 2.000 Polizisten. Die Behörden wollen Palästinensern unter 45 Jahren aus Sicherheitsgründen während der Bauarbeiten den Zugang zum Tempelberg verwehren. Ranghohe Jerusalemer Kirchenvertreter haben am Tempelberg Solidarität mit den protestierenden Muslimen bekundet. Orthodoxe, katholische, lutherische und anglikanische Bischöfe drückten ihr Unverständnis über das „einseitige Vorgehen Israels“ aus und forderten „Respekt vor den religiösen Empfindlichkeiten“ der Muslime. „Archäologische Ausgrabungen können warten - der Friede nicht“, sagte der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Michel Sabbah, der Katholischen Nachrichten-Agentur. Der Mufti von Jerusalem, Mohammed Hussein, äußerte vor den Kirchenvertretern Sorge vor einer Beschädigung der Fundamente der Moschee durch die Grabungsarbeiten. (reuter/kna) 11.02.2007)

### 3. Personen

- **UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon** hat dazu aufgerufen, "die Lehren aus dem Holocaust an die heutige Welt weiterzugeben". In einer Erklärung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar - dem Jahrestag der Befreiung der letzten Insassen des nazideutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945 - stellt der UNO-Generalsekretär wörtlich fest: "Der Holocaust war eine beispiellose und nicht zu leugnende Tragödie. Auch Jahrzehnte danach schockiert die systematische Ermordung von Millionen Juden und anderen Menschen noch immer". Man müsse über das reine Gedenken hinaus gehen und "sicher stellen, dass neue Generationen diese Geschichte kennen". (kap 25.01.2007)
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (CDU) hat an Israel appelliert, die Chance auf einen Durchbruch im Nahost-Friedensprozess zu nutzen. Die arabische Welt sei bereit, über den Nahost-Konflikt und seine Lösungsmöglichkeiten zu sprechen, sagte Merkel in einer Rede an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo ihr die Ehrendoktorwürde verliehen wurde. Die Bundeskanzlerin sagte, sie unterstütze die Beschlüsse des Gipfels von Riad. Die Staaten der Arabischen Liga hatten dort eine Friedensinitiative mit Israel aus dem Jahr 2002 wiederbelebt. An die Adresse der Palästinenser sagte Merkel, sie warte immer noch auf eine Geste des guten Willens, nämlich die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad

Schalit, der sich seit Juni 2006 in der Gewalt palästinensischer Gruppen befindet. Sie rief die neue Einheitsregierung außerdem dazu auf, die Bedingungen des "Nahost-Quartetts" aus den USA, der Europäischen Union, Russland und den Vereinten Nationen zu akzeptieren. Dazu gehören die Anerkennung Israels und eine Absage an die Gewalt. Zuvor hatte Merkel auf der zweiten Etappe ihrer Nahost-Reise die israelische Außenministerin Zipi Livni getroffen. In der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem erwies sie den ermordeten Juden die Ehre. Sie entzündete die ewige Flamme neu und legte einen Kranz nieder. "Menschlichkeit wächst aus der Verantwortung für die Vergangenheit", schrieb Merkel ins Gästebuch. (AFP 01.04.2007)

#### **4. Bücher**

- **5767. Durch das jüdische Jahr. Terminplaner 2006/2007** von Annette M. Böckler (Herausgeberin) 9,90 €  
Kurzbeschreibung: Dieser Terminkalender informiert über die Daten der jüdischen Feste und der Lesungen für Schabbat. Er beginnt mit dem jüdischen Neujahrsfest und führt das Kalendarium bis zum Ende des Jahres 2006 weiter. Für jede Woche ist Raum auf einer Doppelseite. Dazu gibt es jeweils ein Zitat aus der 5000jährigen Weisheit des Judentums. Zu jedem Schabbat werden die gottesdienstlichen Zeiten und Lesungen angegeben. Jeder Monat wird mit einer Illustration aus der Sammlung des Jüdischen Museums Berlin geschmückt, die ausgewählte Schätze und die Vielfalt der Sammlung präsentieren. Im Anhang findet sich ein vollständiges Adress-verzeichnis aller jüdischen Gemeinden der verschiedenen Richtungen, aller jüdischen Organisationen, Institutionen, Gruppen, Jüdischen Museen, aller Bibliotheken mit Judaica, der Institute für Jüdische Studien und Judaistik, sowie Raum für private Notizen. Mit allen jüdischen Festen und Wochenabschnitten für 5767/68 (2006-Ende 2007) und Überblick 2008, sowie Zitaten aus der jüdischen Weisheit und einem aktualisierten, sehr umfangreichen Adressenteil zu den Themen Gemeinden, Rabbiner, Essen, Reisen, Bibliotheken, etc. Mit seinen aufwändigen Illustrationen und seiner ansprechenden Gestaltung ist dieser Kalender eine ästhetische Kostbarkeit und ein ausgefallenes Geschenk.
- **Peter Waldbauer: Lexikon der antisemitischen Klischees - Antijüdische Vorurteile und ihre historische Entstehung;** mankau verlag, 1. Aufl. 2007, 12,95 €, 193 S., ISBN 978-3-938396-07-0.  
Kurzbeschreibung: „*Handeln wie ein Jude*.“ Wer von uns hat diesen Spruch nicht schon einmal gehört? Oder: „*Der ... ist Jude, der würde noch seine Großmutter verkaufen*.“ Häufig auch: „*Das jüdische Kapital bestimmt, was in der internationalen Politik geschieht*.“  
Für kein anderes Volk als das der Juden haben sich derart spezifische Klischees und Vorurteile herausgebildet, überliefert und gleichzeitig so weit verbreitet. Mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit halten sie sich in den Köpfen der Menschen – quer durch alle Schichten. Wie kam es zu solchen Vorurteilen? Wann und woraus sind sie entstanden? – Das „Lexikon der antisemitischen Klischees“ dokumentiert die häufigsten Vorurteile der jüdischen Geschichte und stellt sie richtig. Dank seiner leicht verständlichen, teils erzählenden Sprache eignet sich das Werk für Erwachsene und Jugendliche.